

# Information nach Art. 13 und 14 DSGVO



## 1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs:

Ordnungswidrigkeitenrecht - Anhörungsverfahren

## 2. Kontaktdaten Verantwortlicher:

Kreisverwaltung Cochem-Zell  
Frau Landrätin Beilstein  
Endertplatz 2  
56812 Cochem  
Tel.: 02671/61-0  
Mail: [kreisverwaltung@cochem-zell.de](mailto:kreisverwaltung@cochem-zell.de)

## Kontakt Daten Datenschutzbeauftragter:

Kreisverwaltung Cochem-Zell  
Datenschutzbeauftragter  
Endertplatz 2  
56812 Cochem  
Tel.: 02671/61-615  
Mail: [datenschutz@cochem-zell.de](mailto:datenschutz@cochem-zell.de)

## 3. Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten:

## 4. Rechtsgrundlage(n) der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) sowie jeweils einschlägige Fachgesetze (z. B. Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG), Handwerksordnung (HwO), Feiertagsgesetz (LFG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Waffengesetz (WaffG),...)

## 5. Betroffene Personen:

## 6. Betroffene Daten/Datenkategorien:

Insbesondere folgende Datenkategorien werden von der Kreisordnungsbehörde verarbeitet

- Meldedaten
- Kontaktdaten
- Beruf und ggf. Einkommen (durch Angaben der Betroffenen)

## 7. Empfänger der Daten bzw. Kategorien von Empfängern (auch Auftragsverarbeitung):

Je nach Rechtsgebiet müssen die Verfahrensausgänge z. B. an die Handwerkskammer gemeldet werden

## 8. Übermittlung an Drittland:

nicht zutreffend

## 9. Dauer der Speicherung:

Drei bis sechs Jahre (maßgeblich ist die Höhe des Bußgeldes); je nach Rechtsgebiet auch länger

## 10. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
  - o soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
  - o wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
  - o wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
  - o wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

## 11. Beschwerderecht:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel: 06131/2082449, Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.